

Nr. 23/05 vom 04.05.2023

Energieforum 2023

Zeitenwende: Energiewirtschaftliches Krisenmanagement in Deutschland und der EU

Berlin. Der durch den militärischen Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöste Schock bezüglich der Energieversorgungssituation ist etwas abgeklungen; der Begriff der „Zeitenwende“ hallt dennoch weiter nach. Was dieser jedoch konkret für die Energie- und Klimaschutzpolitik Deutschlands und der EU bedeutet, bleibt nach wie vor unbestimmt. Ist die Substitution russischen Erdgases kriegsbedingt und insofern temporär, oder meint die „Zeitenwende“ die endgültige Abkehr von russischen Primärenergieträgern? Oder ist darunter zu verstehen, dass wir den bisherigen Grundsätzen der Energie- und Klimaschutzpolitik den Rücken kehren, weil die Sachzwänge dies nicht nur erfordern, sondern auch fundamentale Zweifel an den früheren, vermeintlichen Gewissheiten aufgekomen sind?

Im Rahmen des Energieforum am 26. April 2023 wurde mit Vorständen und Kuratoren des Forum für Zukunftsenergien darüber diskutiert, wie das energiewirtschaftliche Krisenmanagement in Deutschland und der EU überwunden werden und wie das „neue Normal“ aussehen könnte.

Nach der feierlichen Eröffnung des Energieforums durch Harald Eisenach, Managing Director, Sprecher der Regionalen Geschäftsleitung Ost, Deutsche Bank AG, und Kurator des Forum für Zukunftsenergien e.V., waren nicht nur für die vorausgegangene Kuratoriumssitzung Worte des Lobes zu hören. Gleiches galt auch für die diversen Beiträge der Kuratoren in der jährlich erscheinenden Schriftenreihe, die sich aktuell kritisch mit dem Krisenmanagement Deutschlands und Europas während der energie- und wirtschaftspolitischen Zeitenwende sowie den Lehren auseinandersetzen, die daraus zu ziehen sind. Anschließend ließ Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur sowie Kurator des Forum für Zukunftsenergien e.V., die durch den Angriff Russlands auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise und das Krisenmanagement der vergangenen zwölf Monate Revue passieren. Als eine der Lehren aus der Gasbeschaffungskrise bezeichnete Müller, dass die BNetzA trotz vorerst überstandener Krise weiterhin mit der umfassenden Erarbeitung von Daten- und Kommunikationsprozessen als eventueller Bundeslastverteiler befasst sei. Er nahm jedoch auch die involvierten Stakeholder in die Pflicht, die als Marktteilnehmer ihre Prozesse besser kennen würden als die Behörde. Nur mit deren Kooperation könnten zielgenaue und detaillierte Leitfäden zur Krisenbewältigung erstellt und eine ressortübergreifende Krisenvorbereitung vorangetrieben werden, was die BNetzA auch bei aktueller Entspannung der Gasversorgungslage intensiv weiterverfolge. Wichtig sei gleichermaßen die Etablierung fester Krisen- und Leitungsstäbe nicht nur innerhalb der Behörde, die im Falle etwa einer Gasmangellage abseits der Regelprozesse durch die Lagebeurteilung und Entscheidungsfindung ein fokussiertes Krisenmanagement übernehmen sowie über die Sicherheitsplattform Gas die Informationen zentral kommunizieren könnten. Müller mahnte jedoch gleichzeitig, dass die Gasversorgung trotz der momentanen Entspannung keinerlei Redundanzen aufweise, sodass beispielsweise eine technische Störung der einzigen unterirdischen Pipeline, über die Norwegen Deutschland beliefere, innerhalb weniger Wochen eine akute Gasmangellage zur Folge haben könnte. Als Risikofaktoren bezeichnete Müller indes die ökonomische Entwicklung Chinas nach der Corona-Krise, welche die Verfügbarkeit und Menge von Gas auf den Weltmärkten maßgeblich

beeinflusse, die unbekannte russische Kriegsstrategie, das Wetter und als viertes Terror und Unglücke, was die Explosion in der Produktionsanlage für Flüssigerdgas der Firma Freeport LNG in Texas erst kürzlich deutlich für Augen geführt habe. Wichtig sei, dass gute Aussichten bestünden, dass Marktprozesse die Speicherbefüllung für den Winter 23/24 regeln würden. Sollte das nicht der Fall sein, müsste im Sinne der Versorgungssicherheit wieder eingegriffen werden.

Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit mit Elektrizität bekräftigte Müller mit Verweis auf das Monitoring der Versorgungssicherheit vom Anfang des Jahres, dass die Versorgung mit Elektrizität für den Zeitraum von 2025 bis 2031 – trotz des steigenden Stromverbrauchs durch Wärmepumpen, E-Mobile oder Elektrolyseure und auch mit einem vollständigen Kohleausstieg bis 2030 - gewährleistet sei. Voraussetzung dafür seien aber u.a. ein Zubau von (H₂-ready-)Gaskraftwerken mit einer Kapazität zwischen 17 und 21 GW sowie der Ausbau der Erneuerbaren. Mit Blick auf das künftige Strommarktdesign forderte er vor allem Tempo bei der Entscheidung etwa über den Aufbau eines Kapazitätsmarktes, denn ein stabiler regulatorischer Rahmen sei die Voraussetzung für die dringend nötigen Investitionsentscheidungen. Doch neben dem Zubau von Erzeugungskapazitäten sei besonders der zügige und bedarfsgerechte Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsebene von entscheidender Bedeutung. Müller appellierte nicht nur an Bund, Länder und Netzbetreiber, den Netzentwicklungsplan umzusetzen, sondern rief in puncto Planungs- und Genehmigungsverfahren auch die EU-Notfallverordnung ins Gedächtnis, die vom Gesetzgeber im Energiewirtschaftsgesetz in nationales Recht überführt worden sei und ein ganz erhebliches Beschleunigungspotenzial berge. Er empfahl Vorhabenträgern eindringlich, davon auch bei laufenden Genehmigungsverfahren Gebrauch zu machen („Opt-In“). In Bezug auf die Neuerungen im Energiesicherungsgesetz im Zuge des Osterpaketes stellte Müller in Aussicht, dass seine Behörde für neue Gleichstromprojekte zeitnah Präferenzräume ermitteln und festlegen wolle, sodass die Bundesfachplanung entfalle. Er mahnte, dass Investitionen aus dem Markt heraus besonders durch Eingriffe in den Markt gefährdet würden – etwa, indem Kraftwerke, die bei „normaler“ ökonomischer Betrachtung längst aus dem Markt ausgeschieden wären, aus Sorge um die Versorgungssicherheit im Markt gehalten würden.

Eine erhebliche Verschlanung und Verkürzung der Verfahren versprach sich der Präsident schließlich durch das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende. Denn bei den EE-bedingten, kleinteiligen und dezentralen Strukturen innerhalb des Energiesystems sei es besonders wichtig zu wissen, „was in den Netzen los ist“. Doch gerade im Niederspannungsbereich seien die Verteilnetzbetreiber vielfach noch im Blindflug. Ein Abschluss des Konsultationsverfahren zum novellierten § 14a EnWG stellte Müller noch für dieses Jahr in Aussicht. Dieses ermögliche die Interaktion der Verteilnetzbetreiber mit den Verbrauchern einerseits und den sicheren Netzbetrieb angesichts des erwarteten Hochlaufs von Wallboxen, Wärmepumpen, etc. andererseits.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Annette Niefeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., machte sich Dr. Hans-Jürgen Brick, Vorsitzender der Geschäftsführung, Amprion GmbH, sowie Vorsitzender des Vorstandes, Forum für Zukunftsenergien e.V., für einen Systementwicklungsplan stark, der entgegen partikularer Einzelinteressen die Systemstabilität in den Blick nehme und gleichzeitig die geographische Steuerung zur Ansiedlung von neuen Gas-/Wasserstoffkraftwerken im Netz leisten könne. Neben einem Plädoyer zur Beibehaltung der einheitlichen deutschen Strompreiszone warb Dr. Brick außerdem für die Erweiterung des Energy-Only-Marktes um einen Kapazitätsmarkt, um Investitionen in gesicherte Leistung sicherzustellen. Dr. Christoph Müller, Vorsitzender der Geschäftsführung, Netze BW GmbH, sowie Mitglied des Kuratoriums, Forum für Zukunftsenergien e.V., hielt dem entgegen, dass der derzeitige Strommarkt durch garantierte Lieferungen am Terminmarkt bereits jetzt Kapazitätzahlungen leisten könne und plädierte für mehr Vertrauen in den Markt. Dies erfordere jedoch die Bereitschaft der Marktteilnehmer, auch Preisspitzen auszuhalten, anstelle von Rufen nach dem politischen Eingriff in den Markt wie im vergangenen Winter. Weniger überzeugt zeigte sich Folker Trepte, Partner und Leiter Energiewirtschaft, PwC GmbH, sowie Mitglied des Kuratoriums, Forum für Zukunftsenergien e.V., darüber, ob die Investitionen für die mind.

35 Gaskraftwerke mit einer Leistung von mind. 500 MW bis 2030 aus dem bestehenden Marktmechanismus heraus generiert würden. Bengt Bergt, MdB und stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, verteidigte das iterative Vorgehen der Ampelfraktionen etwa im Hinblick auf das Energiesicherungsgesetz, das den Sachzwängen der Energiekrise geschuldet sei, aber dennoch mit *lessons learned* einherginge. „Wir lernen das Lernen“, fasste er zusammen. Hinsichtlich des Strommarktdesigns plädierte er für paneuropäische Lösungen.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsennergien.de
Twitter [@FfZeV](https://twitter.com/FfZeV)
LinkedIn [@FfZeV](https://www.linkedin.com/company/fzefv)